



## Informationen zur Eignungsprüfung nach § 37a Abs. 2 StBerG

### Für wen ist die Vorschrift gedacht?

Die Eignungsprüfung nach § 37a Abs. 2 StBerG ist nur für Personen gedacht, die in Deutschland mit einer Berufsqualifikation, die sie im europäischen Ausland erworben haben oder dort anerkannt wurde (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 DVStB) und die sie dort zur Hilfeleistung in Steuersachen berechtigt, geschäftsmäßig (d.h. selbständig) als Steuerberater tätig werden oder hier den Titel „Steuerberater“ führen wollen.

Personen aus einem Mitglied- oder Vertragsstaat oder der Schweiz, die hier in Deutschland lediglich eine nichtselbständige Arbeit in einem steuerberatenden Beruf suchen, benötigen hierfür keine zusätzliche Prüfung. Der Beruf eines nichtselbständig tätig werdenden Assistenten eines Steuerberaters oder einer Steuerabteilung ist in Deutschland nicht reglementiert. Arbeitssuchende können sich mit einer ausländischen Qualifikation direkt auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewerben. Ein zusätzlicher Qualifikationsnachweis oder eine besondere Anerkennung der ausländischen Qualifikation ist hierfür in Deutschland nicht vorgeschrieben.

Nur wenn eine Person hier in Deutschland geschäftsmäßig Hilfeleistung in Steuersachen erbringen oder den Titel „Steuerberater“ führen will, ist dies reglementiert. Ein Berufszugang ist allein mit einer abgeschlossenen in- oder ausländischen Berufsausbildung (Studium oder kaufmännische Ausbildung) nicht möglich. In jedem Fall muss vorher u.a. zusätzlich eine staatliche Prüfung (die Steuerberaterprüfung oder die Eignungsprüfung) erfolgreich abgeschlossen werden.

### Was ist die Eignungsprüfung?

Die Eignungsprüfung ist eine besondere Form der Steuerberaterprüfung. Inhaltlich unterscheiden sich die Steuerberaterprüfung und die Eignungsprüfung prinzipiell nicht. Für das Zulassungsverfahren und den Umfang des Prüfungsstoffs gelten aber bei der Eignungsprüfung erleichternde Sonderregelungen (Entfall von vorherigen Praxiszeiten im Inland sowie von Prüfungsgebieten bei Nachweis vorhandener Kenntnisse). Beide Prüfungen werden regelmäßig zusammen durchgeführt. Auch eine Trennung der Kandidaten findet regelmäßig nicht statt.

### Wer ist antragsberechtigt?

Die Zulassung zur Eignungsprüfung setzt nach § 37a Abs. 2 StBerG voraus, dass der Bewerber über einen Befähigungs- oder Ausbildungsnachweis verfügt, der im Herkunftsstaat zur selbständigen Hilfe in Steuersachen berechtigt.

Der Befähigungs- und Ausbildungsnachweis muss nach § 37 Abs. 3 Satz 2 StBerG von einer nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Herkunftsstaates benannten zuständigen Behörde ausgestellt worden sein und bescheinigen, dass das Berufsqualifikationsniveau des Inhabers zumindest unmittelbar unter dem Niveau nach Art. 11 Buchstabe d oder e Berufsanerkennungsrichtlinie liegt (gemeint ist ein Hochschulstudium von mindestens 3 Jahren Regelstudienzeit).

Dem gleichgestellt sind nach § 37 Abs. 3 Satz 3 StBerG Ausbildungsnachweise, die den Abschluss einer in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat oder der Schweiz erworbenen Ausbildung bescheinigen, soweit diese von dem den Ausbildungsnachweis ausstellenden Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannt wurden und in Bezug auf die Aufnahme und Ausübung des Steuerberaterberufs dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung des Berufs vorbereiten.

gleichgestellt sind nach § 37 Abs. 3 Satz 4 StBerG ebenso solche

Berufsqualifikationen, die zwar nicht (mehr) den gesetzlichen Anforderungen des Herkunftsstaates für die Aufnahme und Ausübung des Berufs des Steuerberaters entsprechen, ihren Inhaber aber in der Vergangenheit erworbene Rechte besitzstandswahrend verleihen.

Ist der Beruf des Steuerberaters im Herkunftsstaat nicht reglementiert, d. h. ist die Aufnahme und Ausübung der beruflichen Tätigkeit nicht durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften an den Besitz bestimmter Berufsqualifikationen gebunden, setzt die Zulassung zur Eignungsprüfung zusätzlich voraus, dass der Beruf des Steuerberaters drei Jahre in den vorhergehenden zehn Jahren im Herkunftsstaat in einem Umfang von mindestens 16 Wochenstunden ausgeübt wurde. In diesem Fall muss die zuständige Behörde des Herkunftsstaates zusätzlich bescheinigen, dass der Bewerber auf die Ausübung des Berufs vorbereitet wurde. Die Pflicht zum Nachweis dieser dreijährigen Berufserfahrung entfällt jedoch, wenn der Ausbildungsnachweis den Abschluss einer reglementierten Ausbildung i. S. d. Art. 13 Abs. 2 Unterabsatz 3 der Berufsankennungsrichtlinie nachweist. Als reglementierte Ausbildungen gelten die im Anhang III der Richtlinie aufgeführten Ausbildungsgänge des Qualifikationsniveaus nach Art. 11 Buchstabe c der Berufsankennungsrichtlinie (gemeint ist ein Diplom, das nach Abschluss einer postsekundären Ausbildung von mindestens einem Jahr Regelstudienzeit erworben wurde).

**Welche Personen können zur Eignungsprüfung nach § 37a Abs. 2 StBerG zugelassen werden?**

§ 37a Abs. 2 StBerG stellt nicht auf die Nationalität des Bewerbers ab. Maßgebend ist vielmehr allein das Land, in dem die Berufsqualifikation zur Hilfeleistung in Steuersachen erworben wurde.

Die Berufsqualifikation für die Berechtigung zur Hilfeleistung in Steuersachen muss in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (Mitgliedstaat) oder einem Staat aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (Vertragsstaat) oder der Schweiz erworben worden sein.

In der nachstehenden Tabelle sind die in Betracht kommenden Staaten ersichtlich. Zusätzlich ist darin angegeben, ob diese Staaten den Beruf des Steuerberaters reglementiert haben:

Land	EU / EWR	Reglementiert
Belgien	EU	Ja
Bulgarien	EU	
Dänemark	EU	Nein
Deutschland	EU	Ja
Estland	EU	
Finnland	EU	Nein
Frankreich	EU	Ja
Griechenland	EU	Ja
Großbritannien	EU	Nein
Irland	EU	Nein
Island	EWR	
Italien	EU	Nein

Lettland	EU	Nein
Liechtenstein	EWR	
Litauen	EU	
Luxemburg	EU	Nein
Malta	EU	Nein
Niederlande	EU	Nein
Norwegen	EWR	Nein
Österreich	EU	Ja
Polen	EU	Ja
Portugal	EU	
Rumänien	EU	Ja
Schweden	EU	Nein
Schweiz		Nein
Slowakei	EU	Ja
Slowenien	EU	
Spanien	EU	Nein
Tschechien	EU	Ja
Ungarn	EU	
Zypern	EU	

Quelle: European Professional Affairs Handbook for Tax Advisers by CFE Professional Affairs Committee edited by Rudolf Reibel, ISBN 978-92-990057-1-2 – Auflage 2010

**Gilt § 37a Abs. 2 StBerG auch für Berufsqualifikationen, die in Deutschland erworben wurden?**

Nein. § 37a StBerG setzt die Berufsanererkennungsrichtlinie der EU in nationales Recht um. Er soll Personen, die ihre Berufsqualifikation im Ausland erworben haben, Zugang zum Beruf im Inland verschaffen. Vor dem Hintergrund dieser gesetzgeberischen Zielsetzung gilt die Vorschrift für Bundesbürger nur dann, wenn die vom Gesetz geforderte Berufsqualifikation im Ausland erworben wurde.

**Haben auch Bewerber mit einer Berufsqualifikation, die in einem Staat außerhalb der EU, des EWR oder der Schweiz erworben wurde, Zugang zur Eignungsprüfung?**

Nein. Die Zulassung zur Eignungsprüfung nach § 37a Abs. 2 StBerG setzt voraus, dass die dort geforderten Qualifikationsnachweise in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat oder der Schweiz erworben wurden. Personen, die nur über Ausbildungsnachweise aus anderen Staaten verfügen, können aber auf jeden Fall die Zulassung zur regulären Steuerberaterprüfung beantragen, sofern sie die Voraussetzungen des § 36 StBerG erfüllen.

**Werden alle ausländischen Entscheidungen zur**

Nein. Ein Befähigungsnachweis, mit dem keine unter das Bildungssystem eines anderen Mitglied- oder Vertragsstaates oder der Schweiz fallende Ausbildung

### **Berufsausübung anerkannt?**

bescheinigt wird und dem weder eine Prüfung noch eine in diesem Mitglied- oder Vertragsstaat oder der Schweiz erworbene Berufserfahrung zugrunde liegt, ist nicht ausreichend (vgl. EuGH-Urteil vom 29.01.2009 – C-311/06, Cavallera, DStR 2009 S. 1980). Das in Deutschland geforderte Qualifikationsniveau kann deshalb nicht dadurch unterlaufen werden, indem eine in Deutschland erworbene Qualifikation, die alleine nicht zur Berufsausübung berechtigt, im Ausland mit dem Recht zur dortigen Berufsausübung anerkannt wird (sog. Homologation). Die durch eine Homologation im Ausland erworbene Berechtigung zur Berufsausübung entfaltet in Deutschland keine Wirkungen.

### **Wie sind die geforderten Nachweise zu erbringen?**

Die geforderten Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise müssen in einem Mitgliedstaat oder Vertragsstaat oder der Schweiz von einer entsprechend dessen Rechts- und Verwaltungsvorschriften benannten zuständigen Behörde ausgestellt worden sein.

Die Bescheinigungen sind durch den Bewerber selbst zu beschaffen und dem Antrag beizufügen. Die Europäische Kommission stellt im Internet unter dem nach stehenden link umfangreiche Informationen zu den reglementierten Berufen und den hierfür zuständigen Stellen zusammen:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/qualifications/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/index_de.htm)

Leider sind die dort erhältlichen Informationen nicht für alle Länder vollständig. Fehlen Informationen sollten sich Antragsteller an die nationale Kontaktstelle des Herkunftslandes wenden, die über die vorgenannte Webseite ermittelt werden kann.

### **Was muss die zuständige Behörde des Herkunftslandes bescheinigen?**

Die zuständige Stelle eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (Mitgliedstaat oder Vertragsstaat) oder der Schweiz muss bescheinigen, dass der Bewerber ein Diplom erlangt hat, mit dem er in diesem Mitgliedstaat oder Vertragsstaat oder der Schweiz zur Hilfe in Steuersachen berechtigt ist.

Zusätzlich muss in den Fällen, in denen ein Mitglied- oder Vertragsstaat oder die Schweiz in ein Diplom eines Drittlandes mit der Rechtsfolge der zulässigen Berufsausübung in einem reglementierten Beruf in seinem/ihrer Hoheitsgebiet anerkannt hat, bescheinigt werden, dass der Beruf in dem Mitglied- oder Vertragsstaat oder der Schweiz mindestens drei Jahre in einem Umfang von mindestens sechzehn Wochenstunden ausgeübt wurde.

Bei Bewerbern mit Ausbildungsnachweisen aus Staaten, in denen der Beruf des Steuerberaters nicht reglementiert ist, muss die vorgenannte zuständige Stelle zusätzlich bescheinigen, dass auf die Ausübung des Berufs vorbereitet wurde, und in einem Umfang von mindestens 16 Wochenstunden drei Jahre den Beruf ausgeübt hat.

### **Müssen Praxiszeiten auch individuell nachgewiesen werden?**

Nur Bewerber aus Staaten, in denen der Beruf des Steuerberaters nicht reglementiert ist (siehe Nr. 4), müssen individuell nachweisen, dass sie diesen Beruf in den vorhergehenden zehn Jahren mindestens drei Jahre in einem Umfang von mindestens 16 Wochenstunden in einem Mitgliedstaat oder Vertragsstaat oder der Schweiz tatsächlich ausgeübt haben. Zusätzlich muss die zuständige Behörde des Herkunftsstaates bestätigen, dass auf die Ausübung des Berufs vorbereitet wurde.

Berücksichtigt werden nur Praxiszeiten, die durch die zugelassene Ausübung des Berufs im Herkunftsland nachgewiesen werden können.

### **Besteht ein Wahlrecht zwischen Steuerberaterprüfung und Eignungsprüfung?**

Ja. Die Eignungsprüfung ist eine Unterform der Steuerberaterprüfung. Wenn sowohl die Voraussetzungen für die Zulassung zur Steuerberaterprüfung als auch die Voraussetzungen für die Zulassung zur Eignungsprüfung erfüllt sind, steht es dem Bewerber frei, welche Form der Prüfung er beantragt.

In der Praxis hat die Eignungsprüfung nur eine untergeordnete Bedeutung. Die

Zahl der Bewerber ist verschwindend gering. Dies mag zum einen daran liegen, dass die für den Beruf des Steuerberaters erforderlichen steuerlichen Kenntnisse sehr landesspezifisch sind und grenzüberschreitende Wanderungen in diesem Beruf deshalb eher die Ausnahme zu sein scheinen. Zum anderen setzt ein Prüfungserfolg angesichts der komplexen und schwierigen Materie eine sorgfältige und umfangreiche Vorbereitung auf die Prüfung voraus, in deren Rahmen eine vorherige mehrjährige Berufspraxis in Deutschland die Erfolgsaussichten entscheidend erhöht. Die Bewerber entscheiden sich deshalb nahezu ausnahmslos für die Beantragung der regulären Steuerberaterprüfung, die ihnen mit der hier nicht wegfallenden Buchführungsklausur die Möglichkeit eröffnet, ihr gesamtes Wissen in die Bewertung der Prüfungsleistungen einzubringen. Die Vorteile der Eignungsprüfung liegen demgegenüber im Wesentlichen nur noch in der Möglichkeit einer schnelleren Zulassung zur Prüfung.

**Wie oft kann ein Bewerber zur Steuerberaterprüfung und/oder Eignungsprüfung zugelassen werden?**

Die Eignungsprüfung ist eine Unterform der Steuerberaterprüfung. Jedem Bewerber stehen nach dem Gesetz nur drei Prüfungsversuche zu. Die Form der Prüfung (Eignungsprüfung oder normale Steuerberaterprüfung) ist hierfür ohne Relevanz.

Die drei zulässigen Prüfungsversuche werden nur dadurch verbraucht, indem der Bewerber Prüfungsleistungen bewerten lässt und diese den Anforderungen nicht genügen. Gefordert wird für die schriftliche Prüfung ein Notendurchschnitt von nicht schlechter als 4,5 und für die Gesamtprüfung ein Notendurchschnitt von nicht schlechter als 4,15.

Noch im Verlauf der schriftlichen Prüfung hat der Bewerber bis zum Ende der Bearbeitungszeit die Möglichkeit, von der Prüfung zurückzutreten. In diesem Fall gilt der Prüfungsversuch als nicht verbraucht.

**Sind bei der Beantragung der Eignungsprüfung Formvorschriften und Fristen zu beachten?**

Die Zulassung zur Eignungsprüfung muss auf einem amtlichen Vordruck der jeweils zuständigen Steuerberaterkammer schriftlich beantragt werden. Dem Antrag sind die vom Gesetz geforderten Unterlagen beizufügen. Eine Antragsfrist ist für den Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung nicht zu beachten. Allerdings: Anträge auf Zulassung zur regulären Steuerberaterprüfung sind demgegenüber fristgebunden und müssen bis zum 30.04. des jeweiligen Jahres bei der zuständigen Steuerberaterkammer eingereicht werden.

Der Antragsteller erhält innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags auf Zulassung zur Eignungsprüfung eine Bestätigung der zuständigen Steuerberaterkammer über den Empfang der Unterlagen. In der Bestätigung teilt die Steuerberaterkammer darüber hinaus mit, welche Unterlagen ggf. noch fehlen.

Nach vollständigem Eingang der Unterlagen setzt die Steuerberaterkammer die Eignungsprüfung an. Sie findet regelmäßig zusammen mit der regulären Steuerberaterprüfung im Oktober jedes Jahres statt.

**Werden Gebühren erhoben?**

Ja. Es fallen folgende Gebühren an:

- 200 € für die Bearbeitung eines Antrags auf verbindliche Auskunft
- 200 € für die Bearbeitung eines Antrags auf Zulassung zur Eignungsprüfung
- 1.000,00€ für die Teilnahme an der Prüfung

Wird ein Antrag vor Entscheidung zurück genommen oder tritt der Bewerber nach einem von der Steuerberaterkammer festgesetzten Termin von der schriftlichen Prüfung zurück, wird die jeweilige Gebühr zur Hälfte erstattet.

**Bei welcher Steuerberaterkammer ist der Antrag auf Eignungsprüfung**

Zuständig ist die Steuerberaterkammer, in deren Bezirk der Bewerber im Zeitpunkt der Antragstellung in Deutschland vorwiegend beruflich tätig ist. Übt er keine Tätigkeit aus, ist sein Wohnsitz maßgebend; bei mehreren Wohnsitzen

**nach § 37a Abs. 2 StBerG zu stellen?**

der Wohnsitz, an dem er sich überwiegend aufhält. Liegt der maßgebliche Ort im Ausland, dann ist der Ort maßgeblich, an dem sich der Bewerber beruflich niederlassen will. Befindet sich der Ort der beabsichtigten beruflichen Niederlassung im Ausland, ist die Steuerberaterkammer zuständig, bei der die Zulassung zur Eignungsprüfung beantragt wurde.

**In welcher Sprache und in welcher Form sind der Antrag und die beizufügenden Unterlagen einzureichen?**

Der Antrag und die beizufügenden Unterlagen, soweit sie vom Bewerber stammen, sind in deutscher Sprache einzureichen. Sonstige Unterlagen sind mit einer beglaubigten Übersetzung in deutscher Sprache vorzulegen.

**Auf welche Prüfungsgebiete erstreckt sich die Eignungsprüfung?**

Die Eignungsprüfung gliedert sich in einen schriftlichen Teil aus höchstens zwei Aufsichtsarbeiten aus unterschiedlichen Prüfungsgebieten und eine mündliche Prüfung.

Prüfungsgebiete der Steuerberaterprüfung sind

- Steuerliches Verfahrensrecht sowie Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenrecht,
- Steuern vom Einkommen und Ertrag,
- Bewertungsrecht, Erbschaftsteuer und Grundsteuer,
- Verbrauch- und Verkehrssteuern, Grundzüge des Zollrechts,
- Handelsrecht sowie Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, des Gesellschaftsrechts, des Insolvenzrechts
- und des Rechts der Europäischen Gemeinschaft,
- Betriebswirtschaft und Rechnungswesen,
- Volkswirtschaft,
- Berufsrecht.

Die Prüfung in einem der genannten Prüfungsgebiete entfällt, wenn der Bewerber nachweist, dass er im Rahmen seiner bisherigen Ausbildung oder im Rahmen seiner bisherigen Berufstätigkeit einen wesentlichen Teil der Kenntnisse erlangt hat, die in dem entfallenden Prüfungsgebiet gefordert werden.

Der Nachweis der im Rahmen der bisherigen Ausbildung erworbenen Kenntnisse ist durch Diplome oder gleichwertige Prüfungszeugnisse einer staatlichen oder staatlich anerkannten Universität oder einer Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung zu führen.

Zum Nachweis der im Rahmen der bisherigen beruflichen Tätigkeit erworbenen Kenntnisse sind Falllisten vorzulegen, die regelmäßig folgende Angaben enthalten müssen: Akten- oder Geschäftszeichen, Gegenstand, Zeitraum, Art und Umfang der Tätigkeit, Sachstand.

Ferner sind auf Verlangen der für die Prüfung zuständigen Stelle anonymisierte Arbeitsproben vorzulegen.

**Ansprechpartner für Fragen**

Ansprechpartner	Tel.	Email
Ivonne Mosetter	089 157902-26	<a href="mailto:i.mosetter@stbk-muc.de">i.mosetter@stbk-muc.de</a>
Bettina Schmidkonz	089 157902-38	<a href="mailto:b.schmidkonz@stbk-muc.de">b.schmidkonz@stbk-muc.de</a>